

FreEduMM Newsletter ^{#1} Juni 2011

Free Education Movement Marburg



Empört Euch!

Hochschulpakt	+++	Hessisches
Schulgesetz	+++	Massenproteste in
Spanien	+++	Militarisierung im
Bildungswesen	+++	Bildungsprotes-
te in Deutschland	+++	u.v.m. +++

Empört Euch!

Auswirkungen des Hochschulpaktes in Marburg

Nach dem vor einem Jahr alle staatlichen Hochschulen Hessens den Hochschulpakt 2011-2015 unterschrieben haben, sind die Auswirkungen auf Lehre und Studium auch in Marburg deutlich zu spüren.

Am Fachbereich Geographie zeigt sich beispielhaft, dass mit den gegebenen Finanzmitteln unabhängige, kritische und ausgewogene Forschung und Lehre nicht möglich sind. Zuschüsse für notwendige Exkursionen werden teilweise gestrichen. Studierende müssen zukünftig die Exkursionskosten ihrer Dozent_innen tragen. Tutorien fallen weg, die wenigen Seminare sind überfüllt.

Auch andere Fachbereiche sind finanziell am Ende. Das äußert sich z.B. in verschärften Zugangsbeschränkungen und grundsätzlich stärkerer Selektion. Das Institut für Philosophie plant im Wintersemester einen NC für den Master Philosophie einzuführen. Eine Reaktion mit der auch in anderen Studiengängen zu rechnen ist, da allen Fachbereichen massive Kürzungen bevorstehen.

Klar ist, dass sich die Situation im kommenden Wintersemester weiter verschlechtern wird. Die unterfinanzierten Hochschulen, deren Kapazitäten ausgereizt sind, werden im Herbst aufgrund doppelter Abiturjahrgänge in Bayern und Niedersachsen und der Aussetzung der Wehrpflicht deutlich höheren Bewerber_innenzahlen gegenüberstehen. Gleichzeitig werden, wie im Hochschulpakt festgeschrieben, bis 2015 jährlich Kürzungen in Höhe von 37 Mio. Euro durchgesetzt.

Der Initiative des Fachbereichs Geographie folgend, fand am 25.05.2011 eine studentische Vollversammlung mit dem Titel „Hörsaal voll - Kassen leer!“ statt. Die dabei verabschiedete Resolution umfasst Forderungen an die Bundes- und Landesregierung sowie die Universität, Maßnahmen gegen diese Entwicklung zu ergreifen.

Das Free Education Movement Marburg schließt sich den Forderungen an und unterstützt kommende Aktionen der Studierenden und Mitarbeiter_innen der Universitäten und Schulen.

Der Hochschulpakt ist ein Symptom für die zunehmende Privatisierung der öffentlichen Bildung. Durch die Kürzungen steigt u. a. der Druck auf die Universitäten Drittmittel einzuwerben. Hochschulen stehen dadurch stärker im Wettbewerb zueinander und passen sich dieser Marktsituation an, um ihre Attraktivität für Drittmittelgeber_innen zu erhöhen. Mögliche Folgen sind, dass sich Bildungseinrichtungen auf bestimmte Fachrichtungen spezialisieren. Welche Disziplinen das sind und welche Form diese Spezialisierung annimmt, richtet sich nach dem Gutdünken von Wirtschaft und Staat.

Schon jetzt können Einrichtungen mit der gegebenen Finanzierung kaum die Grundlehre gewährleisten. Universitäten sind in Hessen gezwungen, QSL-Gelder (Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre) für laufende Kosten zu missbrauchen.

Nach den Neuregelungen des Hochschulpakts richtet sich die Verteilung der Finanzmittel stärker nach der Anzahl der Studierenden. Universitäten und andere Bildungseinrichtungen folgen einer ökonomischen Logik und überschreiten daher noch weiter ihre Kapazitäten, werben verstärkt um Drittmittel und verkleinern das Lehrangebot. Langfristig werden Selektionsmechanismen wie die Wiedereinführung von Studiengebühren als Folge wahrscheinlicher.

Der Hochschulpakt geht uns alle an! Darum rufen wir alle Mitarbeiter_innen an Schulen und Hochschulen, alle Studierenden und Schüler_innen, Eltern und Lehrende auf, sich an der kritischen Auseinandersetzung mit dem Hochschulpakt und am Widerstand zu beteiligen und ihn mitzugestalten!

Yannick



Bereits 2010 regte sich in Marburg Widerstand gegen den Hochschulpakt.
Quelle: Albert Adler

Plakat
zu den
IMK-
Protesten

VIELEN DANK FÜR DIE BLUMEN!

Gegen Integration und Ausgrenzung



Demonstration gegen die Innenministerkonferenz
22. Juni 2011 • 18 Uhr • Hauptwache • Frankfurt am Main

Mehr „Freiheit“ mit weniger Geld

Hessischer Landtag beschließt neues Schulgesetz

Am 08. Juni hat der hessische Landtag mit Stimmen der regierenden CDU/FDP- Koalition ein neues Schulgesetz verabschiedet. Der Kurs der chronischen Unterfinanzierung wird hiermit nicht korrigiert, stattdessen entledigt sich die Landesregierung ihrer Verantwortung.

Die sog. selbstständige Schule ist ein zentraler Bestandteil der Reform. In Wirklichkeit geht es darum, dass die Schulen „selbstständig“ die bestehende und kommende Unterfinanzierung verwalten und verantworten sollen. Bereits im Jahr 2011 wurden im Landes-Schuletat 45 Millionen Euro gekürzt. 2012 sollen es, laut hessischem Finanzminister Thomas Schäfer, weitere 68,3 Millionen Euro werden.

Dank des neuen Schulgesetzes können Schulen den dadurch entstehenden Unterrichtslücken demnächst in noch größerem Umfang, „flexibel“ mit Leiharbeiter_innen begegnen.

Haben bisher die Schulleiter_innen nach Auffassung des Kultusministeriums die Schulen nur „verwaltet“ und „geleitet“, so sollen sie jetzt – entsprechend dem „Führungs“leitbild die Schule „führen“ und „gestalten“.

Lehrkräfte sollen jetzt systematisch im Unterricht kontrolliert und evaluiert werden. Nach dem Entwurf der Dienstordnung soll jede Lehrkraft mindestens einmal im Halbjahr einen unangemeldeten Unterrichtsbesuch über sich ergehen lassen.

Gleichzeitig misstraut das Kultusministerium auch den

Let's keep Big Brother outside!

Zur Innenministerkonferenz in Frankfurt am Main

Seit 1954 existiert eine länderübergreifende Zusammenarbeit der deutschen Innenminister zur Erweiterung der Sicherheit. Aus dieser Zusammenarbeit ist eine regelmäßige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der einzelnen Länder entstanden, die sich zweimal jährlich trifft. Dieses Jahr tagt sie zum zweiten Mal in Frankfurt/Main am 21. und 22. Juni.

Neue Möglichkeiten zur Erweiterung und Verbesserung der Sicherheit seien dringend zu besprechen. Zu viele Gefahren, die die deutsche Bevölkerung in seiner „Freiheit und freien Entfaltung“ (Innenminister Friedrich) einschränken könnten scheinen vorhanden zu sein. Faktisch geht es allerdings um die Ausweitung der Kontrolle der Einwanderungspolitik und um die Erweiterung der operativen Möglichkeiten der Polizei und des Geheimdienstes. Im Fokus steht dabei nicht nur der Kampf gegen den internationalen Terrorismus sondern auch gegen den sogenannten politischen Extremismus, dem Linksextremismus.

Doch wir stellen uns dagegen! Freie Entfaltung heißt für uns Selbstbestimmung und darf nicht auf Kosten anderer erzwungen werden!

Lasst uns am 22. Juni um 18 Uhr an Hauptwache in Frankfurt am Main gegen Abschottung, Ausgrenzung, rassistische Hetze und Kriminalisierung von politischen Organisationen vorgehen.

Linda

Schulleiter_innen und verpasst ihnen einen Maulkorb, indem sie verpflichtet werden vor Presseerklärungen zu „Angelegenheiten von übergeordneter Bedeutung“ Rücksprache mit dem Staatlichen Schulamt zu halten.

Auch das selektierende Schulsystem bleibt unangetastet, auch wenn Haupt- und Realschulen zur Mittelstufenschule zusammengefasst werden, wird es nach wie vor getrennte Abschlüsse.

An Gymnasien wird der Irrweg mit G 8 (verkürzte Schulzeit) weiter beschritten.

Wie auch den anderen Bundesländer muss auch in Hessen die UN-Konvention zum gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schüler_innen umgesetzt.

Inklusion bleibt eine Leerformel, da es an zusätzlichem Personal und notwendiger Infrastruktur mangelt. Schulen sollen mit dem neuen Schulgesetz weiter zu hierarchischen Unternehmen umgebaut werden, womit wir der Schaffung eines Bildungsmarktes einen weiteren Schritt näher kommen.

Was die Landesregierung als Selbstverwaltung darstellt, ist nichts anderes als selbstverwaltete Armut! Es braucht grundlegender Veränderungen, um eine Bildung gesellschaftlich so zu organisieren, dass sie ihren Namen verdient.

Uli

„You're in the Army now!“

Militarisierung im Bildungswesen

"Die Frage, wo der Krieg beginnt und was als Kriegsforschung anzusehen ist, welche Forschung der Verantwortung der Wissenschaft für die Gesellschaft gerecht wird und welche dieser schadet, muss von der gesamten Gesellschaft auf vielfältige Weise gestellt werden."
Informationsstelle Militarisierung



Vom 27. bis 29. Mai diesen Jahres fand an der Universität in Braunschweig der Zivilklausel-Kongress mit dem Titel „Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre“ statt. Zivilklausel bedeutet, dass sich Hochschulen verpflichten, ausschließlich für zivile, also explizit nicht für militärische Zwecke zu forschen.

In Zeiten, in denen Bildungseinrichtungen mit zunehmenden Kürzungen kämpfen müssen, haben Rüstungsunternehmen oder auch das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) ein leichtes Spiel als Drittmittelgeber an den Hochschulen Fuß zu fassen. Das Institut für Angewandte Festkörperphysik in Freiburg ist beispielsweise an der Entwicklung des Bundeswehr-Transportflugzeugs Airbus A400M beteiligt. Die Universität Stuttgart forscht für das Unternehmen Eurocopter, einer Tochter des Rüstungsgiganten EADS, an neuen Rotorblättern und Hubschrauberstrukturen.

Militärforschung findet jedoch nicht ausschließlich an technischen Fachbereichen statt. Inzwischen hat sie auch sozialwissenschaftliche Fakultäten erreicht. Die an der Uni Oldenburg angesiedelte „Arbeitsstelle Interventionskultur“, die u.a. mit dem Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Marburg zusammenarbeitet, untersucht die sozialen Auswirkungen von militärisch gestützten humanitären Interventionen in den Einsatzregionen und den Gesellschaften, aus denen die intervenierenden Soldat_innen entsendet werden. Untersuchungen darüber, wie „Entwicklungsprojekte“ oder ein bestimmtes Auftreten der Soldat_innen die Akzeptanz von Besatzungstruppen erhöhen sind für eine Armee von genauso großem Interesse, wie die innenpolitischen Auswirkungen der Nachrichten von getöteten Einsatzkräften.

Die Hälfte aller Bundesländer, darunter auch Hessen, haben Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr über den Einsatz von Jugendoffizier_innen in Schulen. Auch an Hochschulen werden immer häufiger Lehrveranstaltungen angeboten, die von Bundeswehrmitarbeiter_innen geleitet werden. Noch weiter geht der Studiengang „Military Studies“ an der Universität Potsdam, den die Institute für Soziologie und Geschichte gemeinsam mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt und dem für Sozialwissenschaften der Bundeswehr anbieten. Dort kön-

nen Studierende im Laufe von vier Semestern die Themenfelder Militär, Krieg und organisierte Gewalt studieren (militarystudies.de).

Christoph Wiesner, Politologe aus Frankfurt/Main und Referent auf dem Zivilklausel-Kongress vermutet, dass an mehr als 40 Hochschulen Militärforschung betrieben wird.

Welchem Zweck dient aber dieser militärische Vorschub an Bildungseinrichtungen? – zum Beispiel der vernetzten Sicherheit, die ein Deckmantel für die gezielte Vermischung von militärischen und zivilen Zwecken und Mitteln ist. Das stellte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf ihrem Bundeskongress im Jahr 2007 fest. Oder der Errichtung einer strategischen Gemeinschaft, welche durch den Einsatz von Personen mit militärischem Fachwissen in zivile Einrichtungen erreicht werden soll, wie das Beispiel Potsdam zeigt.

Zum anderen ist bei der Bundeswehr ein Wandel in ihrer Selbstdarstellung zu beobachten hin zu einer Armee im Einsatz für den Frieden. Besonders deutlich wird dies an der Beschreibung des Krieges in Afghanistan als einen friedensstabilisierenden Einsatz.

Es regt sich jedoch zunehmend Widerstand gegen diese Entwicklungen. Der Kongress in Braunschweig war ein erster Versuch einer ladesweiten Vernetzung und Informationsaustausches der jeweiligen Zivilklausel- sowie Friedensbewegungen. Die Universität Bremen hat bereits seit 1986 eine Zivilklausel, die "jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung an militärischer Nutzung" ausschließt. Ähnliche Vorgaben existieren an Unis in Dortmund, Tübingen, Berlin und Konstanz. Ende 2010 stimmten in Köln 65 Prozent der Studierenden für eine solche Klausel. In Jena und München laufen aktuell Initiativen für eine Zivilklausel. In Freiburg rief 2010 das lokale Bildungsstreikbündnis zur Demonstration gegen die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr auf. Auch gab es diverse Versuche die Schulbesuche der Jugendoffizier_innen an Schulen zu verhindern, wie im Jahresbericht 2009 der Jugendoffiziere nachzulesen ist

Justyna

„Democracia Real YA!“

Massenproteste in Spanien

Seit dem 15. Mai herrscht in den großen Städten Spaniens der Ausnahmezustand. Auf den zentralen plazas versammelten sich Tausende, um ihren Unmut über die herrschenden Verhältnisse Ausdruck zu verleihen. Dazu aufgerufen hatte, eine Facebook-Gruppe namens „Democracia Real YA!“ (Echte Demokratie jetzt!). Das Besondere: weder Gewerkschaften noch Parteien waren involviert, eine neue Soziale Bewegung scheint geboren. Der größte gemeinsame Nenner aller Beteiligten ist zweifelsohne ihre Empörung.

Die immer wieder zitierten Arbeitslosenzahlen von 21 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit von unfassbaren 43 Prozent sind nur der Gipfel dessen, was die Menschen auf die Straße treibt. „Wir sind nicht gegen das System – Das System ist gegen uns!“ resümiert einer der zentralen Protestslogans treffend. Die artikulierten Forderungen reichen vom Kampf der Korruption in Wirtschaft und Politik bis hin zu Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung.

Dabei wird der an die Politik geforderte Anspruch an Demokratie von der Bewegung vorgelebt. So organisiert mensch sich in den Camps in Vollversammlungen und Arbeitskreisen. Die Infrastruktur wird von Freiwilligen gestemmt und erhält Unterstützung von Seiten der Anwohner_innen, etwa durch Lebensmittel oder Duschen in Privathaushalten.

Genauso einzigartig ist das breite und einheitlich positive Medienecho jeglicher politischer Couleur. So

berichtete die konservative Massenmedium EL PAIS, sogar mit einem Livestream und ließ die Aktivist_innen offen zu Wort kommen. Unparteilich, friedlich und vielfältig sind die Attribute des Protests und trugen wesentlich zur Etablierung desselben bei.

Doch gerade die Diversität ist Stärke und Achillesverse der Bewegung zugleich. So hätte ein klassischer Aufruf wohl niemals einen so starke Unterstützung erfahren. Gleichzeitig erfolgt durch die undogmatische Herangehensweise und die gemeinschaftliche Erarbeitung einer Gesellschaftsanalyse einen enorme Identifikation aller Beteiligten mit ihren Zielen. Unweigerlich zieht dieser Pluralismus aber eine schwierigere Koordinierung nach sich. So ist jedes Protestcamp per se autonom, was dazu führt, das im Meer der Tausend Stimmen keine gemeinsame durchdringt. Die nächsten Wochen müssen zeigen, ob es der Bewegung gelingt auf grundlegende Analysen und Ziele zu einigen, um so auch echte Veränderungen zu erwirken.

Nachdem die meisten Protestcamps am 12. Juni freiwillig aufgelöst wurden, steht die Bewegung nun auf einem Scheideweg. Die nächste Stufe des Protest wird am 19. Juni erklommen: Unter dem Motto „Nein zum Europakt – Europa den Bürgern nicht den Märkten“ wird es massive, landesweite Demonstrationen in über 40 Städten geben – Tendenz steigend.

In Spanien wächst etwas weiter, das im „Arabischen Frühling“ seinen Anfang fand und in Stéphane Hessels „Empört Euch“ sein Pamphlet gefunden hat.

Unabhängig von den unmittelbaren Erfolgen der Protestwelle, scheint etwas in Gang gesetzt, dass die nächsten Jahrzehnte prägen könnte und sollte. Schon jetzt fühlen sich Menschen weltweit inspiriert, für ihre Würde einzutreten. Schließlich formt Widerstand nicht nur Umstände sondern auch Menschen!

Steffen

*Auch
Anonymous-
Aktivist_innen
beteiligten
sich online
und auf der
Straße an den
Protesten.*



Alles ruhig in Deutschland?

Seit dem bundesweiten Bildungsstreik im Jahr 2009 ist die Berichterstattung über Studierendenproteste in den Medien stark abgeflacht. Besonders im Zusammenhang mit den regelmäßigen Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich erscheint dies verwunderlich.

Doch vielerorts haben Studierende die andauernden Kürzungen und ausbleibenden Verbesserungen die Studienbedingungen nicht einfach hingenommen.

In Bayern und Niedersachsen koordinierten die Studierendenausschüsse gemeinsame Proteste in Universitäts-Städten der beiden Bundesländer. Als Anlass sahen die Organisator_innen das Festhalten ihrer Landesregierungen an den Studiengebühren, die bis zu 500 Euro pro Semester hoch sind. Bayern und Niedersachsen sind die einzigen verbleibenden Bundesländer, die gegen den bundesweiten Trend an Studiengebühren festhalten wollten. In Reaktion darauf versammelten sich am 26. Mai unter anderem in Göttingen, Erlangen, Osnabrück, München und Würzburg zusammen rund 6000 Studierende und forderten die Abschaffung der Gebühren. Unterstützung erhielten sie dabei auch von den jeweiligen Landtagsoppositionen. Doch die Proteste forderten nicht nur ein Ende der hohen finanziellen Belastungen, sondern auch eine bessere Entlohnung von Hilfswissenschaftlichen Angestellten und bessere Arbeitsbedingungen des universitären Mittelbaus. Ein weiteres dauerhaftes Anliegen der Studierendenbewegung ist die demokratische Beteiligung der Studierenden an Entscheidungen der Hochschulen.

Der Hamburger Senat hat die Abschaffung der Gebühren zum Wintersemester 2012/13 bereits angekündigt. Nun wurden aber Kürzungen von jährlich 12,8 Millionen Euro im Budget der hamburgischen Hochschulen angekündigt, die sich zusammen mit den Kürzungen der Vorgängerregierung alleine für 2011 auf ein Minus von 32 Millionen Euro aufhäufen. Dies wären für 2011 Kürzungen von sechs bis zehn Prozent, was zwangsläufig weniger Lehrpersonal und weniger Studienplätze zur Folge hat. Des Weiteren leiden die hanseatischen Hochschulen immer noch an Kürzungsprogrammen von 1995, so Universitätspräsident Dieter Lenzen.¹ Sämtliche Statusgruppen der sechs hamburgischen Universitäten riefen daher am 7. Juni zu einem Sternmarsch auf, an dem sich 15.000 Menschen beteiligten. Rund 1000 Studierende setzten sich das Rathaus als Ziel, welches aufgrund einer FDP-Fraktionssitzung zur Bannmeile erklärt wurde.² Dort wurde ein Zelt-Camp eingerichtet, um dem Anliegen Öffentlichkeit zu verschaffen. Die Polizei räumte den Platz kurze Zeit später gewalttätig unter Einsatz von Pfefferspray.

Berlin hatte zwar nie Studiengebühren und beabsichtigt keine, aber im vergangenen Monat erfuhr das Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) eine Novelle, also eine Überarbeitung des bestehenden Gesetzes. Verschiedenste Initiativen kritisierten die als Verbesserung dargestellten Änderungen aufs Schärfste. Besonders die 2009 entstandenen Protestbewegungen fühlen sich in ihren Forderungen nicht ernst genommen. Die Novelle sieht unter anderem vor, die Regelstudienzeit für das konsekutive Studium eines Bachelors und Masters auf zehn Semester zu beschränken. Bei Überschreiten dieser Zeit folgen eine Zwangsberatung und darauf die Exmatrikulation. Zusätzlich zu dieser Einschränkung in der Selbstgestaltung einer freien Bildung, wird auch das Recht auf ein Drittel frei gewählter Studieninhalte gestrichen. Neben dem Zeitdruck, erhöht sich

auch der Leistungsdruck, da drei Viertel aller Leistungen bewertet werden und alle Bewertungen die Endnote bilden. Die Landesregierung hat sich zwar der Bekämpfung der prekären Beschäftigungen des Mittelbaus angenommen, produziert jedoch einen Zwei-Klassen Mittelbau. Dies geschieht durch die Einführung von reinem „Lehr-Personal“, welches lediglich den Lehrbetrieb aufrecht erhalten soll und von der Forschung ausgeschlossen ist. Auch das Dauer-Thema der Demokratisierung wird durch die Festschreibung der Stimmenmehrheit der Professor_innen in allen Gremien nicht angesprochen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Proteste bundesweit entwickeln. Gründe gibt es genug – gespart wird in allen Bundesländern.
Matthias



Impressionen von den Juni- Protesten in Hamburg

Es wird weitergehen - hier und überall

Die meisten von euch haben sicherlich bereits von Bildungsprotesten in anderen Regionen, wie z.B. Großbritannien, Frankreich, Italien oder den U.S.A. gehört. Überall wehren sich Menschen gegen die zunehmende Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Die immer größere Abhängigkeit von Drittmitteln für Forschung und Lehre, die Einführung und stetige Anhebung von Studiengebühren sowie sonstige Zugangsbeschränkungen und die zunehmende Entdemokratisierung an Bildungseinrichtungen sind nur einige der Symptome im Bildungsbereich. Die (Hoch-)Schulen passen sich in ihrer Struktur immer mehr einem privatwirtschaftlich agierenden - und somit marktwirtschaftlichen Zwängen unterliegenden - Unternehmen an.

Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, da es weltweit Bestrebungen gibt, regionale Märkte für Bildung zu etablieren. Ein globaler Bildungsmarkt hat sich bereits in den letzten zwei Jahrzehnten verstärkt herauskristallisiert. Insbesondere die Kommerzialisierungstendenzen im Bildungsbereich in Ländern wie Großbritannien, Kanada, den U.S.A. und Australien tragen hierzu bei. Grundsätzlich werden die Rahmenbedingungen für Bildungsmärkte von Regierungen auf nationaler Ebene geschaffen. Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung münden diese jedoch gleichzeitig in den globalen Bildungsmarkt.

Ein Markt konstituiert sich aus Wettbewerbern, die vergleichbare Waren den Marktteilnehmenden anbieten. Auf dem Bildungsmarkt bieten die verschieden privaten und öffentlichen Bildungseinrichtungen ihre Ware (die Möglichkeit einen Abschluss zu machen) an. Der Wettbewerb zwischen den einzelnen Institutionen wird durch gezielte Maßnahmen befördert. So sorgen die ECTS-Punkte oder sonstige Bildungseinheiten für die Vergleichbarkeit der Waren, während Studiengebühren als vermeintlicher Preis fungieren. Ähnlich wie Unternehmen stehen Hochschulen vermehrt unter dem Zwang ein marktorientiertes Profil zu bilden. Auch wenn es noch keinen freien Bildungsmarkt in Reinform gibt, arbeiten privatwirtschaftliche und staatliche Akteure weiterhin mit viel Elan daran, die Voraussetzungen für einen Bildungsmarkt zu schaffen (siehe Beitrag zum neuen hessischen Schulgesetz).

Eine der primären Aufgaben von öffentlichen Bildungssystemen war immer die Bereitstellung von Humankapital für den Arbeitsmarkt und somit für Unternehmen

und öffentliche Einrichtungen jeglicher Art. Schließlich befindet sich der Standort im globalen Wettbewerb und braucht funktionierende Arbeitskräfte. Durch die bereits seit vielen Jahren zunehmende, marktwirtschaftliche Globalisierung wird die Konkurrenzsituation immer dramatischer. Dies zieht vielerlei Folgen nach sich. Unter anderem ist es nur logisch, dass auch privatwirtschaftliche Akteure ein immer stärkeres Interesse daran entwickeln, direkten Einfluss auf die Gestaltung ihres zukünftigen Humankapitals zu nehmen.

Diese kurze Darstellung soll deutlich machen, dass Bildungspolitik häufig direkt mit Wirtschaftspolitik zusammenhängt. Umso notwendiger ist es, sich auf globaler Ebene mit Aktiven und Gruppen, die gegen die gleichen Symptome vorgehen, auszutauschen und zusammenzuschließen. Mit der heutigen Technologie ist das so einfach wie nie zuvor.

Die Globalisierung der Protestbewegung hat längst begonnen. Zum Beispiel wurde Ende 2008 die unabhängige Kommunikationsplattform International Student Movement (ISM) initiiert. Es gibt u.a. eine Homepage (ism-global.net), mehrere Verteiler, Gruppen und Seiten in sozialen Netzwerken sowie regelmäßige Chat-Treffen. Der Informationsfluss läuft gut und Menschen auf der ganzen Welt, wie z.B. San Juan, Kairo, Paris, Manila, Marburg, New York, Santiago oder Kapstadt, sind an der Nutzung und Gestaltung der Plattform beteiligt.

Mehrere Proteste für freie emanzipatorische Bildung wurden bereits auf der ISM initiiert und koordiniert. Erst letzten Monat (Mai 2011) ging der dreimonatige „Spring of Resistance“ (SoR) zu Ende. Im Rahmen des SoR wurden verschiedene Aktionen gegen die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung und für freie Bildung für alle in 20 Ländern koordiniert. Zehntausende gingen in den U.S.A. auf die Straßen, an der University of California (Berkeley) wurden Teile des Campus besetzt. Tausende Studierende, Schüler_innen, Lehrende und Eltern demonstrierten für freie Bildung in mehreren Städten Südafrikas, Kanadas, Deutschlands, auf den Philippinen, in Russland, den Niederlanden, der Ukraine, in Großbritannien, Österreich, Italien und in Hongkong. In Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, versammelten sich 7.000 Menschen zu einer Kundgebung und Workshops, welche von der Bangladesh Student Union (BSU) organisiert wurden.

Bei Fragen zur ISM Plattform könnt ihr euch an uns oder das Referat für Internationale Vernetzung des AStA Marburg wenden.

Es wird weitergehen, aber wie, das hängt von uns allen ab!

Gemeinsam gegen die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung und für freie emanzipatorische Bildung für Alle!

Mo



Termine

21.06.2011 Filmvorführung und Diskussion: Die Unwertigen - Jugendliche als Opfer der NS-Rassenhygiene und die Folgen bis heute. 21:00 Uhr in der Rakate im Bettenhaus.

21.-22.06.2011 Innenministerkonferenz in Frankfurt am Main. Bundesweite Demonstrationen.

23.-26.06.2011 Bettenhaus Sommerfestival. Unter anderem: Open-Air-Kino, Live-Musik, Workshops, Kinderprogramm u.v.m.

29.06.2011 Vortrag: „Das ist doch schwul!“ Homosexuelle Soldat_innen in der Bundeswehr mit Dr. Marion Näser-Lather. 19:30 Uhr in der Milchbar (Mensa, Ehlrenring 5).

29.06.2011 Treffen: Free Education Movement Marburg Plenum. 20:00 Uhr im AStA.

14.-17.07.2011 OpenEyes Filmfest. Unter anderem „Garagenkino“ mit Kurzfilmen aus Marburg. Café Trauma.



Über uns

Wir sind die Gruppe Free Education Movement Marburg und wir setzen uns aus Eltern, Lehrenden und Studierenden zusammen. Wir sehen uns als Teil einer globalen Bewegung für freie emanzipatorische Bildung und machen uns auf die Suche nach Wegen dieselbe zu verwirklichen.

Bildung befähigt den Menschen, bestehende Kräfteverhältnisse zu erkennen und diese verändern zu können. Derzeitige Machtverhältnisse werden jedoch maßgeblich und maßgebend von staatlichen und marktwirtschaftlichen Strukturen so gut wie überall auf der Welt geprägt. Das Interesse des Individuums sich durch Bildung zu emanzipieren steht daher im direkten Gegensatz zu den Interessen privatwirtschaftlicher- und nationalstaatlicher Natur.

Bildung legt den Grundstein für eine wahrhaftig demokratische Gesellschaft. Daher ist ein emanzipatorisches Wertebild zu stärken und zu transportieren. Bildung soll zusammenführen und die Basis für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander legen. Bildung darf nicht ausschließlich zweckorientierte Diskurse führen, sondern muss auch Freiraum für Spiel, Emotionalität und Kreativität bieten.

Kontakt

Wenn du neugierig geworden bist, dann schau doch einfach mal vorbei. Wir treffen uns das nächste mal am 29.06.um 20 Uhr im AStA. Falls du da keine Zeit hast, findest du auf www.freedumm.de.vu Termine für weitere Treffen.

Wir sind grundsätzlich offen für alle, die bei uns mitwirken möchten.

Fragen oder Anmerkungen an FreEduMM oder die Autor_innen bitte an: freedumm@gmx.de

News

(Santiago, Chile) 100.000 Menschen protestierten am Donnerstag, den 16. Juni in der chilenischen Hauptstadt für grundlegende Veränderungen Bildungssystem und gegen die Privatisierung öffentlicher Bildungseinrichtungen. Aufgerufen hatten die Schüler_innen- und Studierendenvertretungen und Lehrendenverbänden, Gewerkschaften und einzelne Abgeordnete. Es waren die größten Demonstrationen seit Ende der Pinochet- Diktatur.

(Swaziland) Maxwell Dlamini, Präsident der Swaziland National Union of Students, wurde mitte April verhaftet und vermutlich gefoltert. Ihm wird vorgeworfen im Besitz von sprengstoffartigen Material während Massenprotesten am 12. April gewesen zu sein. Eine Kampagne, welche u.a. von freedumm und dem AStA Marburg unterstützt wird, wurde initiiert: freemaxwelldlamini.wordpress.com

(London, Großbritannien) Am 9. Juni störten Studierende eine Veranstaltung in London, auf welcher Richard Dawkins eine Rede hielt. Sie protestierten somit gegen seine Entscheidung an einer neuen privaten Institution zu lehren - dem New College of the Humanities (NCH), welches £18.000,- an Studiengebühren verlangt.

(Hamburg, Deutschland) Teile der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg wurden von Studierenden über mehrere Tag seit dem 1. Juni besetzt, um sich gegen die Sparpläne des Senats zu wehren. Am 7. Juni folgte eine Großdemo mit 15.000 Teilnehmenden.

(Glasgow, Großbritannien) Zwei Studierende wurden bei einem Protest gegen Kürzungen mit mehr als 100 Menschen an der Strathclyde University in Großbritannien in Gewahrsam genommen. Begründung: Benutzung eines Megaphons.

(Mazedonien) In Mazedonien (Rep.) wurde ein junger Mensch von Spezialeinheiten der Polizei zusammengeschlagen. Er griff auf einer Siegesfeier der Regierungspartei einen führenden Politiker mit Farbe an. Der Anfang 20jährige verstarb. Die Brutalität der Exekutive löste eine weiterhin andauernde Protestwelle aus.

(Milwaukee, U.S.A.) Hunderte protestierten in Milwaukee (U.S.A.) gegen Kürzungen im Bildungsbereich am 5.Juni. Drei Tage früher beteiligten sich 600 Schüler_innen (von 900) der Leon M. Goldstein High School in Brooklyn (U.S.A.) an einem sogenannten "walk-out", um ebenfalls ihren Unmut über Kürzungen zu demonstrieren.

(Kairo, Ägypten) Angestellte des Ministeriums für Bildung in Kairo (Ägypten) griffen gegen NCs protestierende Studierende mit Steinen und Feuerwehrschräuchen am 11.Juni an. Die Proteste halten bereits seit Tagen an.